

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. 10 Pf. zuzüglich Abzug 100 Pf. Alle Postanfragen richten an die Geschäftsstelle. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Abnahme zu jeder Zeit. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Drucklegung nicht verantwortlich. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonst. Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Erstattung des Bezugspreises. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Angabenpreis: Die 8 spaltenige Raumzelle 20 Rpfr., die 4 spaltenige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 2 spaltenige Reklamizelle im letzten Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Besondere und ungewöhnliche Anzeigen werden nach Möglichkeit angenommen bis zum 10. Uhr. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Durch Fernruf übermittelte Anzeigen über. wir keine Garantie. Jeder Reklamationsanspruch erlischt, wenn der Beitrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Kng. nehmen alle Vermittlungskosten entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 252 — 89. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Dienstag, den 28. Oktober 1930

## Der Kampf um den Preisabbau.

Ich bitte ergebenst, mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß die Ermäßigung der Produktionspreise... reslos zur Auswirkung kommt! — das liest man in einem Schreiben, das Joeben der geschäftsführende Reichswirtschaftsminister den Länderregierungen zugehen läßt und in dem eine solche „Auswirkung“ des Preisabbaus bei der Kohle verlangt wird. Man kann ein derartiges Verlangen ohne weiteres verallgemeinern angesichts der Tatsache, daß schon eine ganze Reihe von Produzentenartikeln, namentlich in der Schwerindustrie, ihre Preise herabgesetzt haben, man andererseits aber aus den breiten Massen der Konsumenten immer wieder den lauten, mehr oder minder berechtigten Ruf hört: „Wir merken bloß nichts davon!“

Mit der Kohlenpreiserhöhung — auch die Braunkohlenindustrie hat sich ja dem Vorgehen der Steinkohlen-syndikate angeschlossen — wird nun aber ein Kostenfaktor berührt, der vom größten bis zum kleinsten Betrieb, bei der Produktion ebenso im Kleinunternehmen wie im Handwerk, eine ganz wesentliche Rolle spielt. Zudem besteht hier infolge einer recht günstigen Lage, als der Kohlenpreis und -handel teils fest organisiert, teils „preisgebunden“ ist, also auch damit die Möglichkeit für ein Eingreifen der Behörden bei „unwirtschaftlichen Preisbindungen“ — gemäß der Zulassungsverordnung — ohne weiteres gegeben erscheint. Natürlich sind die Landesbehörden die hierfür geeigneten Instanzen, und das Reichswirtschaftsministerium verweist diese Behörden auch ausdrücklich auf die Rechte, die ihnen durch jene Verordnung eingeräumt sind, auf die Waffen, die ihnen damit im Kampf für den Preisabbau in die Hand gegeben sind durch die Möglichkeit, mittels einer bis zum Konsumenten hinunter durchgedrückten Kohlenpreissenkung auch die Erzeugungskosten zu vermindern.

Es soll aber nicht gleich mit der zulässigen Schärfe vorgegangen werden, sondern die Länderregierungen sind angewiesen, es bei den Kohlenhandelsorganisationen erst noch einmal sozusagen mit Güte zu versuchen, mit dem Ziel aber, nicht bloß die Kohlenpreiserhöhung beim Produzenten sich voll bis zum Konsumenten hin auswirken zu lassen. Sondern darüber hinaus müßte geprüft werden, ob die bisherigen Handelsspannen ab Produzenten bis zum Verkauf an den Konsumenten nicht auch reformbedürftig seien. Sind doch gerade in letzter Zeit gegen gewisse mitteldeutsche Braunkohlensyndikate — nicht gegen die Produzenten, sondern gegen die angeschlossenen Handelsgesellschaften — beständige Vorwürfe über eine viel zu große Dehnung dieser Handelsspannen gemacht worden, so daß vor kurzem erst das Reichswirtschaftsministerium durch den Reichswirtschaftsrat gebeten wurde, diese Dinge einmal recht genau zu untersuchen; was aus mannigfachen Gründen auch recht notwendig sein dürfte, und zwar besonders deshalb, weil hier der ausländische Einfluß eine leider nur allzu große Rolle spielt! Die Landesregierungen sollten also dem Ersuchen des Reichswirtschaftsministeriums auch schon deswegen recht ausführlich Folge leisten, weil sich dann doch eine Preisermäßigung beim Hausbrand — die bisher abgelehnt ist — bis in die letzten Konsumentkreise fühlbar machen, diese also doch „etwas vom Preisabbau merken“ würden.

Das dürfte sogar noch weit mehr geschehen, wenn es gelingen sollte, dem weiteren in jenem Schreiben ausgedrückten Wunsch des Reichswirtschaftsministers nach möglicher „Auswirkung“ des Preisabbaues Rechnung zu tragen: bei den Tarifen der Versorgungsbetriebe der Kommunen. Also bei den Preisen für Gas, Wasser, Elektrizität und demzufolge auch bei den Verkehrsbetrieben. Ist genug sind hier die Preisverteuerungen „begründet“ worden mit einer Herabsetzung des Kohlenpreises — nun könnte sich die Sache doch auch einmal in umgekehrter Richtung abspielen! Gerade bei der Gaserzeugung z. B. ist doch die Kohle das eigentliche Rohprodukt, sollte mithin eine Kohlenpreiserhöhung auch das Endprodukt verbilligen. Sollte es wenigstens tun — aber es ist sehr fraglich, ob es geschehen wird! Angesichts der miserablen Finanzlage vieler Städte würden sich die Verwaltungen nicht wenig freuen, wenn sie die Kohlenpreiserhöhung „auffangen“ und den Mehrerlös in die eigenen, ach! so leeren Taschen stecken würden. Auch hierfür dürfte es ja an „Gründen“ kaum fehlen. Wobei übrigens auch erwähnt werden mag, daß derartige Versorgungsbetriebe ja keineswegs nur in Händen der Kommunen sind, sondern daß bei den größten von ihnen gerade die Länder das entscheidende Wort zu sprechen haben, daneben noch Provinzen, Kommunalverbände usw. Das gilt besonders für große Teile der Elektrizitätsversorgung, wo vielfach — außer bei den Kommunen — ein Lieferungsmonopol besteht, namentlich für die Bedürfnisse der kleinen und mittleren Städte und des ländlichen Landes. In Ostpreußen z. B. sind zahlreiche Abstellungen bisheriger Stromabnehmer in der Landwirtschaft erfolgt, weil die Stromkosten zu hoch geschraubt worden sind.

Wenn sich also die Preisherabsetzung bei der Kohle gerade hier, in diesen Betrieben der öffentlichen Hand, für die Massenversorgung in dem Ausmaß voll auswirken würde, wie sie beim Produzenten erfolgt, wenn solcher

## Der Ueberfall auf die „Baden“

### Badenkapitän bestreitet jede Schuld.

Ohne Grund beschossen.

Bei der Beschießung des deutschen Dampfers „Baden“ im Hafen von Rio de Janeiro durch die brasilianischen Aufständischen und nunmehrigen Gewaltthäter sind, wie bekannt, 26 Menschen zu Tode gekommen, während weitere Leute verletzt wurden. Der Kapitän des Schiffes, Kolin, soll mittlerweile verhaftet worden sein, während das Schiff zu Reparaturarbeiten vor Anker liegt. Nun ist bei der Hamburg-Amerika-Linie in Hamburg ein auch vom Sapagvertreter in Rio de Janeiro unterzeichnetes Telegramm folgenden Wortlaut eingelaufen: „Baden auslaufend, alle Kriegsfahrzeuge und Forts mit Senken der Klage grühend, mit besonderer Ausfahrterlaubnis des Hafenkapitäns versehen, vor Passieren des Forts Santa Cruz Peilsignale gebend, wurde, nachdem bereits Insel Cotunduba passiert hatte, beschossen. Granatvölltreffer hintermaß über Bord. 26 Tote und 43 Verwundete. Namen deutscher Passagiere bereits abgesandt. Zweck provisorischer Reparatur und Ablegen, Verklarung ist Verbleiben bis Montag mittag erforderlich.“

Da Kapitän Kolin somit alle eigene Verschuldung an dem Vorfall bestreitet, wird die Sache um so rätselhafter. Nach Angabe der deutschen Gesandtschaft in Rio befindet sich unter den Opfern auf der „Baden“ ein Reichsdeutscher, nämlich der Heizer Willi Müller. Ferner wurden drei reichsdeutsche Passagiere verletzt, Georg Pöhl, Otto Dambel und Paul Schön sowie von der Besatzung des Dampfers der Matrose O. Sterkamp, der Heizer Hans Beversdorff und der Maschinenan-



Commodore Kolin, der Kapitän der beschossenen „Baden“.

Preisabbau beim Erzeuger nicht mehr oder weniger „abflingt“, wie wir das auf anderen Wirtschaftsgebieten erlebt haben, dann, aber wirklich nur dann werden die Konsumenten nun auch sagen können, daß sie vom Preisabbau „etwas merken“!

### Die Regierung feiert keine Feste.

Dringende Aufforderung.

Bei der großen wirtschaftlichen Not, mit der weite Kreise des deutschen Volkes zu kämpfen haben, muß jedes Übermaß an Feiern und Vergnügungen vermieden werden. Aus diesem Grunde haben die Reichs- und die preussische Regierung beschlossen, Einladungen gesellschaftlicher Art nur beim Vorliegen besonderer Anlässe Folge zu leisten und ihre gesellschaftlichen Veranstaltungen auf das Mindestmaß dessen einzuschränken, was mit pflichtgemäßer Repräsentation vereinbar ist. Der Reichspräsident hat diesen Beschluß ausdrücklich gutgeheißen. Die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung richten angesichts des Ernstes der Zeit an alle Kreise die dringende Aufforderung, auch ihrerseits gesellschaftliche Veranstaltungen einzuschränken und insbesondere von öffentlichen Festlichkeiten möglichst abzusehen.

### Hervé bittet auch den Stahlhelm um eine nochmalige Antwort.

Paris. Hervé veröffentlicht am Montag die Antwort des Stahlhelms auf seine Revisionsvorschläge und nimmt noch einmal dazu Stellung. Der Stahlhelm müsse wissen, so betont er, daß seine, Hervés, Vorschläge das Höchstmögliche darstellen, was Frankreich jemals zugeben könne. Wenn der Stahlhelm daher in seiner Antwort von der Kriegsschuldfrage spreche, sei es zwecklos, die ganze Angelegenheit weiter zu verfolgen.

Das französische Volk glaube an Deutschlands Schuld und auch er selbst sei davon überzeugt. Wenn er aber trotzdem die Revisionsfrage aufrolle, so geschehe dies deshalb, weil man nicht ein ganzes Volk für einen Krieg

wärter Willt Ahrberg. Weiter sind acht Reichsdeutsche verletzt worden. Ihre Namen sind noch nicht bekanntgegeben.

Man vermutet in Hamburger Schiffahrtkreisen, daß die Revolutionäre, die das Fort Capabana besetzt hatten, glaubten, daß der Dampfer „Baden“ Angehörige der früheren Regierung an Bord hätte. Bei der Sapag nimmt man an, daß dem Kapitän Kolin die Ausfahrt aus dem Hafen nicht verboten worden sei; denn wenn er dieses Verbot gekannt hätte, würde er als erfahrener und verantwortungsvoller Schiffsführer es vorzögl. nicht mißachtet haben. Die politischen Wirren in Brasilien zwingen die europäischen Reedereien, die mit Brasilien verkehren, zu äußerster Vorsicht. Schon ehe die Beschießung des Sapagdampfers „Baden“ sich ereignete, teilten mehrere, darunter auch deutsche Reedereien, mit, daß sie ihre Abfahrten aufschoben müßten. So erklärte die Hamburg-Süd, daß alle ihre Abfahrten nach südbrasilianischen Häfen einstweilen nicht stattfinden würden.

### Deutschland fordert Schadenersatz.

Wie man von zuständiger Stelle erfährt, hat die deutsche Gesandtschaft in Rio de Janeiro sofort nach Bekanntwerden der Beschießung des Sapagdampfers „Baden“ eine Untersuchung eingeleitet und zu diesem Zweck eine deutsche Kommission an Bord des Dampfers geschickt. Zugleich hat sie sich mit den zuständigen brasilianischen Stellen in Verbindung gesetzt. Die brasilianischen Behörden haben zugesichert, zur Aufklärung des Falles alles Notwendige einzuleiten und schuldige Personen zur Rechenschaft zu ziehen. Die Gesandtschaft ist angewiesen worden, auf Grund des festgestellten Sachverhalts angemessene Genugthuung und vollen Schadenersatz zu fordern.

Wie die Generaldirektion der Sapag-Hamburg bekanntgibt, haben sich an Bord der „Baden“ auch fünfzehn dänische Passagiere dritter Klasse befunden, von denen aber niemand im geringsten verwundet worden ist. Die Verwundeten oder Toten seien ausschließlich Deutschen und Spanier.

### Abfahrt der „Baden“ aus Rio.

Kapitän Kolin nicht verhaftet.

Nach den Informationen, die an Berliner zuständiger Stelle vorliegen, befähigen sich die aus Amerika stammenden Meldungen von der Verhaftung des Kapitäns des Sapag-Dampfers „Baden“ in Rio nicht. Das Schiff fährt noch am Montag abend unter Führung seines Kapitäns von Rio wieder ab.

verantwortlich machen könne. Es sei aber besser, die Klärung der Frage den Geschichtsschreibern zu überlassen. Wenn der Stahlhelm ferner an der Verwirklichung des großen Deutschland, dem österröichischen Anschluß, festhalte, jedoch damit die Wiedereinverleibung Tirols und der drei Millionen Deutschen in Böhmen gemeint sei, so sei es ebenfalls zwecklos, weiter zu verhandeln. Desgleichen sei in der Antwort die Rückgabe des Korridors enthalten, der zwar polnisch sei, für Deutschland aber einen unakzeptablen Zustand darstelle. Der Stahlhelm füge in seiner Antwort hinzu, „und der anderen Gebietsfragen der Ostgrenze“.

Unter derartigen Umständen habe es keinen Sinn, Zeit zu verschwenden.

Er müsse den Stahlhelm noch einmal bitten, ihm zu antworten, ob er glaube, daß das von ihm eng umgrenzte Programm dem Stahlhelm geeignet erscheine, eine deutsch-französische Verständigung herbeizuführen. Die Antworten, die er von deutschen Eisen-Kreuz-Rittern erhalten habe, hätten nur bei den französischen Patrioten Verständnis gefunden.

### Reichberg an Hitler.

Berlin. Arnold Reichberg hat am Montag erneut ein Telegramm an Hitler geschickt, in dem er diesem mitteilt, daß Hervé ihm erneut in Sinne des Artikels Hervés in der Victoire mit der Ueberschrift „Was wir Hitler erwidert“ telegraphiert habe. Reichberg legt in seinem Telegramm an Hitler, er sei der Ansicht, daß nunmehr Hitlers klare Antwort zur Frage des deutsch-französischen Militärabkommens notwendig geworden sei. Reichberg fährt dann fort: „Ich bin überzeugt, daß die ganze zukünftige Einstellung nicht nur des nationalen Frankreich, sondern Frankreichs überhaupt als der gegenwärtig stärksten Militärmacht in Europa zum deutschen Nationalismus, als dessen Wortführer Sie in Paris gelten, von Ihrer Antwort abhängt. Ich halte ein deutsch-französisches Militärabkommen als conditio sine qua non für die Verwirklichung auch der übrigen von Hervé vorgeschlagenen Bedingungen. Diese Bedingungen sind ein Ganzes, aus dem keine einzelne Bedingung herausgelassen werden kann. Nach meinem Dafürhalten würde in Ihrer grundsätzlichen Zustimmung zu allen Vorschlägen Hervés kein Risiko für Sie gelegen sein. Werden diese Vorschläge verwirklicht, so würden Sie einer der Männer sein, die Deutschland von den Ketten des Versailleser Vertrages befreit haben. Außerdem hätten Sie auch bei